

HELMUTH FEILKE

# Politische Kommunikation und Sprache

Politische Kommunikation geht alle an, mit Licht- und Schattenseiten: Es wird getwittert und gepostet, stigmatisiert und diskriminiert. Ein wichtiges Ziel des Deutschunterrichts ist es deshalb, politischen Sprachgebrauch für Schülerinnen und Schüler transparent zu machen und zu vermitteln, wie Politik durch Sprache hergestellt wird.

## POLITISCHE KOMMUNIKATION UND DEUTSCHUNTERRICHT

Das Erscheinungsdatum dieses Heftes erinnert an eine in der Nachkriegszeit einmalige internationale Mobilisierung politischer Öffentlichkeiten vor 50 Jahren: Vietnamproteste und Woodstock, sexuelle Befreiung und neue Kommunikations- und Lebensformen, Studentenbewegung, außerparlamentarische Opposition und Prager Frühling. Der Mai 1968 steht heute für einen tiefgreifenden kulturellen Wandel (Scharloth 2011) ebenso wie für eine Krise der politisch institutionalisierten Kommunikation. Sie hat in in der ehemaligen Bundesrepublik vom

vielzitierten „Marsch durch die Institutionen“ über den Terror der Rote Armee Fraktion bis hin zum Entstehen neuer Parteien geführt. 1968 ist nicht das Thema dieses Heftes, aber so wie vor 50 Jahren ist auch die politische Kommunikation der Gegenwart von krisenhaften Tendenzen bestimmt, die Zeichen veränderter Bedingungen für die Wahrnehmung und Thematisierung von Politik sind.

- Gesellschaft wird durch die Medien zur Weltgesellschaft (Luhmann 1997), in der die zur „Mediengesellschaft“ zählenden Menschen sich weltweit zu Ereignissen und politischem Geschehen verhalten können.
- Die globalisierte Welt rückt auch politisch zusammen. Eine Rhetorik des Sachzwangs – in der Politikwissenschaft TINA (there is no alternative) genannt (Séville 2017) – ist allgegenwärtig. Sie wird oft als Entwicklung von einem programmatischen zu einem pragmatischen Politikverständnis charakterisiert. Faktisch schränkt die Entwicklung demokratische Spielräume ein, exemplarisch sichtbar am Beispiel der Finanzkrise 2008 und ihren Folgen.
- Dem wiederum entspricht komplementär ein Aufkommen neuer Protestkulturen mit politisch ambivalenten Orientierungen vor allem im Internet. Auch Tendenzen zur Aufsplitterung der politischen Öffentlichkeit in sogenannte Echokammern und Filterblasen, die nach innen Bestätigung und nach außen bevorzugt Kampfsignale senden, gehen damit einher.

Was hat das mit dem Deutschunterricht zu tun? Vordergründig geht es zunächst „nur“ um Politik, das heißt um Steuern und soziale Gerechtigkeit, um Bildungsfragen, um Recht und Ordnung, um internationale Vereinbarungen und Verträge und um Krieg und Frieden. Aber Politik wird sprachlich und kommuni-



Auftakt und Initialzündung der 68er-Bewegung war der studentische Vietnamkongress (mit Rudi Dutschke als Hauptredner) und die damit verbundenen Demonstrationen.

kativ gemacht: Komplexe Probleme werden auf entscheidbare Pro- und Kontra-Fragen reduziert, Meinungen werden polarisiert und popularisiert, und die Welt wird in Freund und Feind geteilt. Im Diskurs der Öffentlichkeit zur Politik in Regierung, Parlament und Rechtsprechung geht es um den oft sogenannten „Kampf um die Köpfe“. Schülerinnen und Schüler sind ein Teil dieser Öffentlichkeit. Sie sollten verstehen können, wie sie funktioniert und wie Politisches *hergestellt* wird. Die Grundlage dafür sind Motivationen, Wissen und analytische Kompetenzen:

- Abwehrhaltungen gegen „die Politiker“ und das vorgebliche „schmutzige Geschäft“ der Politik sind ein Problem der Motivation. Schüler müssen erfahren können, wie und wo in ihrer alltäglichen Lebenspraxis politische Fragen auftreten (Ohlmeier 2006). Dies beginnt mit der Gesprächs- und Streitkultur, den Formen einer demokratischen Entscheidungsfindung und der Diskussion von Fragen, deren Bedeutung für die eigene Lebenspraxis unmittelbar nachvollziehbar ist (vgl. dazu das *Unterrichtsmodell von Jürgen Baumann*). Wo und wie reagiert die Politik z. B. auf Probleme vor Ort, auf den Wandel von Familienstrukturen, Flucht und Migration oder den Klimawandel?
- Für solche Fragen braucht man Sachinformationen zu politischen Kontroversen und Interessenlagen. Auch hier liegt eine wichtige Aufgabe für den Deutschunterricht: Wie können sich Schüler informieren? Vertrauen ist eine wichtige Ressource politischer Kommunikation. Was sind vertrauenswürdige Informationen, und welche Kriterien gibt es dafür? Was ist Fake und was ist Fakt? (vgl. dazu das *Unterrichtsmodell von Kristina Koebe*)
- Damit sind analytische Kompetenzen angesprochen: Wie funktionieren politisches Überzeugen und Überreden? Wie wird öffentliche Aufmerksamkeit für Themen und Zustimmung und Ablehnung zu Alternativen erzeugt? Analytische Kompetenzen stützen die Fähigkeit, das Wiederkehrende und Gleiche, das Musterhafte und das Stereotype politischer Kommunikation zu erkennen und den ständig wechselnden politischen Aktualitäten mit eigenen Konzepten und einem eigenen Verständnis begegnen zu können.

## ASPEKTE POLITISCHEN SPRACHGEBRAUCHS

Im Blick auf die politische Kommunikation der jüngeren Gegenwart möchte ich drei Aspekte unterscheiden: Politisches Sprachhandeln, Medialisierte Kommunikation und Vernetzte Kommunikation.



Das **politische Sprachhandeln** ist der Kern politischer Kommunikation. Es gibt dazu eine lange Forschungsgeschichte (vgl. Dieckmann 1975, Niehr 2014, Girth 2015). Man kann als Beispiel an politische Reden denken. Wie werden politische Gegner diskreditiert und Anhänger gewonnen, wie wird Legitimität und Akzeptanz für Entscheidungen hergestellt und politische Ideologie etabliert? Wie schlägt sich dies in Diskursen, in Schlagworten und Strategien nieder? Ein solcher handlungsbezogener Ansatz leuchtet intuitiv ein, aber er hat auch Grenzen.

Politische Kommunikation ist zu großen Teilen **medialisierte Kommunikation**. Was in der politischen Kommunikation geschieht, haben die politischen Akteure oft nicht selbst in der Hand. Ebenso wichtig ist, dass Politik medial *dargestellt* und inszeniert wird. Die Darstellungsformen etwa in Nachrichten oder Talkshows haben eine eigene Dramaturgie. Sie haben entscheidenden Einfluss auf die Wahrnehmung politischer Ereignisse und damit auch wieder auf das politische Sprachhandeln selbst (vgl. z. B. Girth/Michel 2009).

Schließlich ist politische Kommunikation heute vielfach **vernetzte Kommunikation**. Das Internet, insbesondere die interaktiven sozialen Medien verändern die politische Öffentlichkeit tiefgreifend, mit Folgen, die noch kaum abzusehen sind (vgl. Münker 2009, Bieber 2013). Hier geht es nicht mehr um massenmediale Kommunikation. Die Vernetzung bringt gegenüber Rundfunk und Presse neue Möglichkeiten, aber auch Gefährdungen der politischen Öffentlichkeit mit sich.

## POLITISCHES SPRACHHANDELN

### Politischer Wortschatz, Schlagworte und Framing

Das politische Sprachhandeln betrifft den gesamten politischen Sprachgebrauch. Dabei fallen, schon wenn man nur auf den Wortschatz schaut, sehr unterschiedliche Bereiche in den Blick. Heiko Girth (2015, S. 59) referiert Ordnungsvorschläge von Dieckmann (1975) und Klein (1989) zum politischen Wortschatz:

- Institutionswortschatz (z. B. *Bundesrat, Misstrauensvotum, 5%-Hürde, Verhältniswahlrecht* etc.)
- Ressortwortschatz (z. B. *Kopfpauschale, Entwicklungshilfe, Riester-Rente, Mindestlohn, Mütterrente* etc.)
- Ideologiewortschatz (z. B. *Freiheit, Demokratie, Sozialismus* etc.)
- Interaktionswortschatz (z. B. *Mobilisierung, Kraftanstrengung, Krise, Konflikt* etc.)

Diese Wortschatzunterscheidungen sind sicher nicht ganz trennscharf, aber sie verweisen schon auf wichtige unterschiedliche Funktionsbereiche politischen Sprachgebrauchs. So lassen sie sich mit Gewinn auf eine in der Politikwissenschaft etablierte Unterscheidung verschiedener Dimensionen des Politischen beziehen, die im Englischen mit drei verschiedenen Lexemen bezeichnet werden (vgl. Alemann 1999):

- *Polity*: die institutionelle Dimension, in der es um Organisations- und Strukturfragen des politischen Systems geht; hier wäre vor allem der Institutionswortschatz einzuordnen

- *Policy*: die inhaltliche Dimension, in der es um Ziele der Politik im Großen wie im Kleinen geht; im Großen der Ideologiewortschatz und Schlagwörter für Grundorientierungen der Politik; im Kleinen Ziele ministerialer Politik und die entsprechenden Ressortwortschätze.
- *Politics*: die prozessuale Dimension, in der es um das politisch-kommunikative Geschehen geht, um die Mobilisierung von Zustimmung und die Abgrenzung unterschiedlicher Positionen; hier wäre der Interaktionswortschatz zuzuordnen.

Besonders in der zweiten und dritten Dimension spielen Kommunikation und Sprache eine bedeutende Rolle. Wie wird durch politisches Sprachhandeln Politik gemacht? Ein typisches Beispiel dafür ist die Analyse politischer Reden. Rednerinnen- und Redner vergleichen, grenzen ab, grenzen aus und stigmatisieren, sie appellieren an die eigene Gefolgschaft und verbinden die eigenen Ziele mit hochwertigen Bildern und Begriffen. Die Schüler lernen, rhetorische Mittel zu erkennen, z. B. Metaphern und Metonymien, und werden aufmerksam dafür, wie sie für den Redezweck eingesetzt werden.

Ein prominentes Konzept in der aktuellen Diskussion zum Sprachgebrauch in der Politik ist *Politisches Framing* (Wehling 2017). Sachverhalte werden in einen bestimmten Frame, einen Rahmen, gerückt und erscheinen dadurch in unterschiedlicher Perspektive, die unterschiedliche Bewertungen nach sich ziehen kann. Handelt es sich bei den Ereignissen des Herbstes 2015 nach Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge auf der sogenannten Balkanroute um eine *Flüchtlingswelle*, um *Zuwanderung* oder *Schutzsuchende*? Oder, bezogen auf die Politik der Regierung: War die Öffnung der Grenzen ein *Verfassungsverstoß* oder legales und ethisch gebotenes Handeln in einer *Notsituation*? Es ist ein Grundzug politischer Kommunikation, dass sie komplexe Problemzusammenhänge auf entscheidbare Alternativen reduziert. So wurde 2012 von der Koalition aus CDU/CSU und FDP das sogenannte „Betreuungsgeld“ für Familien eingeführt, die ihre Kinder nicht in einen Kindergarten schicken, eine Regelung die 2015 vom Bundesverfassungsgericht wieder für nichtig erklärt wurde. Schon im Vorfeld hatte es Streit um diese Regelung gegeben, unter anderem, weil der frühzeitige Besuch eines Kindergartens als wichtig für den Spracherwerb und den späteren Schulerfolg gilt. Die Kritiker sprachen von einer „Herdprämie“, die das klassische Rollenbild von Mann und Frau zementiere. Solche kontroversen Frames und ihre Schlagwörter bieten einen guten Ansatzpunkt für die Arbeit mit Textbeispielen, etwa Reden, aber auch für die Analyse von Diskussionen und Streitgesprächen (vgl. hierzu die Modelle von Eva Huller und Florian Séville in diesem Heft).

Schlagwörter dienen der Emotionalisierung und damit der Erzeugung von Zustimmung und Ablehnung (vgl. Niehr 2014, S. 69–75). Ein Schlagwort wird zum Schlagwort erst durch seinen Gebrauch in der politischen Kommunikation. Von Fritz Hermanns (1994) stammt ein gut anwendbarer Vorschlag zur Unterscheidung von drei Haupttypen:

- *Stigmawörter* sind negative Schlagwörter. Sie dienen durch die negative Bewertung der damit bezeichneten Personen, Gegenstände oder Sachverhalte der Ausgrenzung und Abgrenzung. Beispiele wären etwa: *Terrorist*, *Schurkenstaat*, *Staatsversagen*, *Islamist*, *Sympathisant*, *Chaot*, *Gutmensch*, *Bulle* usw.
- *Fahnenwörter* dienen als positive Schlagwörter den Befürwortern einer Position zur Solidarisierung und Identifikation mit einem Ziel: *Atomausstieg*, *Energiewende*, *Obergrenze*, *Gemeinschaftsschule*, *Willkommenskultur*, *Sozialismus* etc. Zugleich sind sie für die Gegner im Wortsinn rote Tücher, die wie eine gegnerische Fahne markieren, was man selbst nicht will.
- *Hochwertwörter* sind ebenfalls positive Schlagwörter. Im Unterschied zu Fahnenwörtern bezeichnen sie aber Zielvorstellungen, die allgemein positiv bewertet sind und gegen die man nur schwerlich etwas haben kann: *Freiheit*, *Bildung*, *Kompetenz*, *Gerechtigkeit*, *Umweltschutz*, *Menschlichkeit* usw. Man reklamiert sie für sich selbst und unterstellt dem politischen Gegner, die dadurch bezeichneten Werte nicht zu achten.

Der Gebrauch von Schlagwörtern lässt sich etwa bei der Untersuchung von Politikerreden gut nachvollziehen. Man versucht, die Absicht des Redners festzustellen und diese Einschätzung zu begründen. Auch eine handlungsbezogene Analyse von Texten mit Kategorien wie: *Stigmatisierung und Ausgrenzung*, *Erzeugung von Angst*, *Erzeugung positiver Zielvorstellungen*, *Drohen und Warnen*, *Appell zur Solidarisierung*, *Handlungsaufforderung* etc. kann auf Schlagwörter als gut fassbare Werkzeuge des politischen Sprachhandelns zurückgreifen. Die Untersuchung von Darstellungs- und Argumentationsstrategien ist auch jenseits der Schlagwörter eine wichtige Form des Zugriffs auf politiksprachliches Handeln (vgl. z. B. Felder 2017). Verschwörungssuggestionen z. B. oder auch die Anmaßung, für ein vorgebliches Volksinteresse sprechen zu können, gehören dazu (vgl. dazu das Unterrichtsmodell von Ekkehard Felder).

### Politisch sprechen nicht nur Politiker

Der Unterricht sollte aber bei solchen Übungen nicht stehen bleiben. Implizit ist diesem Vorgehen die Vorstellung, das Verhältnis von Sprache und Politik zeige sich insbesondere dort,

wo Politiker die Vorstellungen und Leidenschaften ihrer Zuhörer in ihrem Sinn lenken. Diese Sichtweise hat beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch im Deutschunterricht z. B. über die Untersuchung von Goebbels- und Hitlerreden über lange Jahre bestimmt. Aus dem Blick gerät dabei, wie die politischen Verhältnisse sich auch im allgemeinen Sprachgebrauch niederschlagen, wie jeder Einzelne in seinem Sprechen die Verhältnisse reproduziert und stabilisiert (Maas 1984).

Wenn es nicht mehr nur um den einzelnen Text geht, sondern um den Sprachgebrauch und die Frage, wie bestimmte Themen hervorgebracht und bewertet werden, geht es um *diskurslinguistische* Fragen. Wie werden politische Diskurse durch den Sprachgebrauch bestimmt?

Auf viele interessante Beobachtungen stößt man erst, wenn man vergleichend Daten aus verschiedenen Texten zusammenstellt. Das Internet ermöglicht es auch Schülern, unaufwändig große Textmengen zu durchsuchen. So bietet der Google n-gram-Viewer (<https://books.google.com/ngrams>) die Möglichkeit, in von Google eingescannten Büchern und Zeitschriften den Gebrauch von Wörtern und Ausdrücken quantitativ über längere Zeiträume zu vergleichen. Freilich ist die Zuverlässigkeit der Datengrundlage zu überprüfen, und auch die Ergebnisse einer Recherche müssen vorsichtig interpretiert werden, weil stets Kontextinformationen zu ergänzen sind. Gleichwohl kann z. B. **Abbildung 2** einen Eindruck davon geben, was man für das Verständnis politischen Sprachhandelns gewinnen kann, wenn man einmal größere Textmengen befragt. Der Nationalsozialismus und der Kampf um den sogenannten „Endsieg“ verändern den Sprachgebrauch. Adjektive wie *rücksichtslos*, *fanatisch*, *anständig* und *sauber* sind für sich genommen jeweils unauffällig. Aber sie werden zu Anzeichen eines politisch motivierten Sprachgebrauchs. Mit den Worten des Klassikers LTI von Victor Klemperer:

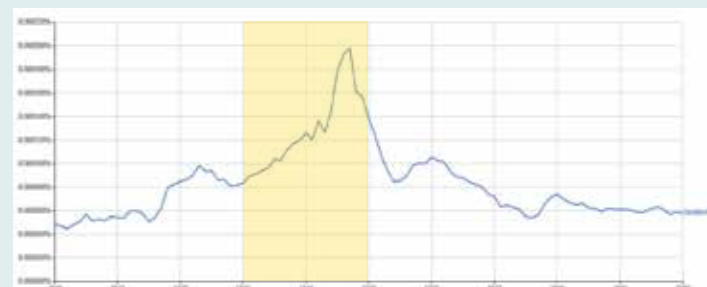
„Die Worte fanatisch und Fanatismus werden nicht vom Dritten Reich erfunden, es hat sie nur in ihrem Wert verändert und hat sie an einem Tage häufiger gebraucht als andere Zeiten in Jahren. Das Dritte Reich hat die wenigsten seiner Worte selbstschöpferisch geprägt, vielleicht, wahrscheinlich sogar, überhaupt keines. Die nazistische Sprache weist in vielem auf das Ausland zurück, übernimmt das meiste von vorhitlerischen Deutschen. Aber sie ändert Wortwerte und Worthäufigkeiten [...]“  
(Klemperer 1975, S. 24).

Wichtig für den Unterricht ist dann freilich die Diskussion solcher Beobachtungen. Was bedeuten die Daten? Welche kritischen Fragen könnte man an die Daten stellen? Welche zusätz-

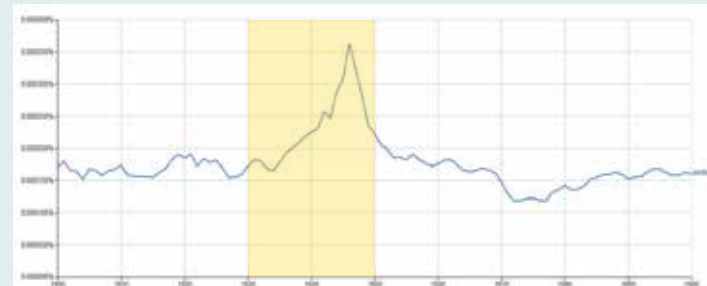
#### rücksichtslos, 1900–2000



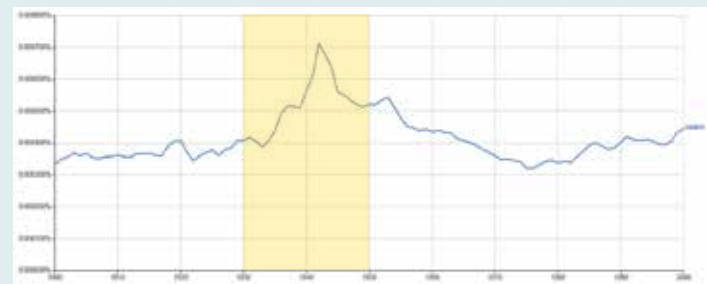
#### fanatisch, 1900–2000



#### anständig, 1900–2000



#### sauber, 1900–2000



**Abb. 2:** Politischer Sprachgebrauch: Ausgewählte Adjektive, 1900–2000, hervorgehoben 1930–1950 (google books, n-gram viewer, 15.01.2018)

lichen Informationen könnten wichtig sein? Interessant ist z. B., dass *rücksichtslos* und *fanatisch* nahezu ausschließlich adverbial gebraucht werden. Es werden damit also nicht bestimmte Typen z. B. von Menschen attributiv charakterisiert, sondern es werden Handlungsweisen beschrieben. Auch dies kann man mit dem n-gram-viewer herausfinden.

An dem Beispiel wird sehr gut deutlich, wie der Sprachgebrauch im Ganzen politische Orientierungen stabilisiert und reproduziert. Dieser Zusammenhang lässt sich auch an aktuellen Beispielen nachvollziehen. So kann man z. B. auf der OWID-Plattform des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim Verwendungshäufigkeiten von Wörtern in der Zeitschrift DER SPIEGEL von 1947–2016 untersuchen (<https://www.owid.de>).

### Politisch kontrollierter Sprachgebrauch

Relevant für politische Kommunikation sind nicht nur die Inhalte, sondern auch die Form des Sprachhandelns. Ein Beispiel dafür ist die Kontrolle des Sprechens zur Kontrolle politischer Konformität. Es geht um Gebote und Verbote, deren Nichtbeachtung sanktioniert wird. Bekannt aus Schillers *Wilhelm Tell* ist schon der Geßler-Hut, den zu grüßen sich Tell geweigert hatte. Totalitäre Regime bedienen sich vielfach dieses Mechanismus; sie besetzen die Alltagskommunikation für ihre Zwecke. Im Nationalsozialismus etwa wurde das Grußverhalten mit dem Hitler-Gruß in diesem Sinn okkupiert. Bestrebungen zur Kontrolle des Sprechens für die Kontrolle politischer Konformität sind aber nicht auf totalitäre Regime beschränkt. Wer zu Zeiten des RAF-Terrorismus von der Baader-Meinhof-Gruppe sprach und nicht von einer *Bande* war schon *Sympathisant*; dasselbe galt für den Gebrauch der Akronyme *BRD* und *DDR*. Der Gebrauch der Abkürzung *BRD* war bis zur Wiedervereinigung in Westdeutschland politisch sanktioniert. In der ehemaligen DDR gab es bekanntlich an der innerdeutschen Grenze nicht die *Mauer*, sondern einen *antifaschistischen Schutzwall*, es gab keine *Bismarckheringe*; stattdessen gab es den *Delikatess-* oder *Deli-Hering*, weil eine – noch so vermittelte und indirekte – Referenz auf den ehemaligen Reichskanzler politisch nicht korrekt war. Von hier aus ist es nicht weit zu den aktuellen Diskussionen über politisch korrekten Sprachgebrauch.

#### Beispiel Politische Korrektheit

Stigmatisierung und Diskriminierung im Sprachgebrauch zu vermeiden, ist ein wichtiges Ziel der politischen Sprachkultur. Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Volksverhetzung z. B. sind Straftatbestände. Didaktisch wie juristisch elementar ist dabei ein oft übersehenes Faktum: Stigmatisierung und

Diskriminierung hängen nicht an bestimmten Wörtern, sondern immer an deren Gebrauch. Für metasprachliche, satirische, historische und literarische Äußerungen und Texte z. B. gelten je eigene Sprachverwendungsregeln und Angemessenheitskriterien. Ein zentrales Ziel des Deutschunterrichtes ist, dass Schüler solche Gebrauchsunterschiede kennen und zu beurteilen lernen. Der Deutschunterricht sollte deshalb kein Ort der Erziehung zu politischer Korrektheit sein; er käme – insbesondere auch als Literaturunterricht – schnell an seine Grenzen (vgl. z. B. Abraham 2018). Dadurch, dass Wörter oder Wortbestandteile verbannt werden, ändert sich nichts an der Praxis eines diskriminierenden Sprachgebrauchs.

Die Problematik wird exemplarisch deutlich an sogenannten Euphemisierungsketten. Durch einen neutralen Ausdruck soll der Stigmatisierung entgegengewirkt werden: *Neger* → *Schwarzer* → *Farbiger* → *Afro-Amerikaner* oder auch *schwer erziehbare Kinder* → *verhaltensgestörte Kinder* → *verhaltensauffällige Kinder* → *verhaltensoriginelle Kinder* oder auch *Asylant* → *Flüchtling* → *Geflüchteter* (Forster 2010, Elsner-Petri 2015). Aber auch der neue Ausdruck wird allzu leicht zum Zeichen genau der Diskriminierung und Stigmatisierung, die den Gebrauch nach wie vor bestimmt. Nicht ein Wortbildungsmorphem wie *-ling* in *Flüchtling* ist verantwortlich für die im Sprechen vollzogenen Abwertungs- und Ausgrenzungshandlungen. Natürlich findet man den *Fiebling* und den *Emporkömmling*, aber an der negativen Bewertung ist das *-ling* so unschuldig wie an der positiven Konnotation von *Liebling* und *Frühling*. Sie hängt ab vom Gebrauch und von der Frage, ob es dabei zu einer negativen oder positiven Stereotypisierung kommt. Deshalb urteilt die linguistische Sprachkritik,

„[...] dass die von Vertretern der PC erhobene Forderung, als diskriminierend eingestufte Wörter zu eliminieren und durch neutrale Wörter zu ersetzen, einer linguistischen Prüfung nicht standhält.“  
(Kilian/Niehr/Schiewe 2010, S. 31)

Ein wichtiges Ziel für den Deutschunterricht wäre es, den Unterschied zwischen einer bloßen Propagierung politischer Korrektheit und der Kritik stigmatisierenden Sprachgebrauchs für SchülerInnen nachvollziehbar zu machen. Das aber geht gerade nicht über Verbote. Sinnvoll scheint mir deshalb die Maxime der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, der das Problem im Umgang mit Jugendmedien und Kinder- und Jugendliteratur begegnet:

„Die Bundesprüfstelle bewertet Medien in ihrer Gesamtheit. Nicht einzelne Worte werden als jugendgefährdend eingestuft, sondern es kommt immer darauf an, in welchen Kontext sie gesetzt sind, welche Zielrichtung die Verfasser verfolgen und wie der Inhalt von Jugendlichen verstanden werden kann. Ein Buch, ein Film oder eine CD werden nicht allein deswegen indiziert, weil dort die Worte Neger oder Zigeuner verwandt werden, sondern hinzukommen muss, dass zum Hass gegen diese Menschen aufgestachelt wird, sie als minderwertig dargestellt werden oder man sie mit Kriminellen gleichsetzt. Solche Inhalte bilden dann einen geistigen Nährboden für die Bereitschaft zu Exzessen gegenüber diesen Gruppen.“ (Bochmann/Staufer 2013, S. 17)

### Beispiel Gendern

Auch beim *Gendern* geht es um politisch kontrollierten Sprachgebrauch. Auch hier sind Vorschriften wenig sinnvoll. Keine Frage ist, dass es einen geschlechterdiskriminierenden Sprachgebrauch gibt und dass auch das sogenannte „generische Maskulinum“, dessen Hauptfunktion nicht die Referenz auf das Geschlecht ist (z. B. *der Kunde*), in vielen Kontexten zu schwach ist, um die Referenz auf Frauen „mit“ zum Ausdruck zu bringen. Ebenso klar aber ist, dass es weder im *Schülerausweis*, noch in einer Ankündigung wie „Informationstag für Schüler und Eltern“ um den Bezug auf das Geschlecht geht. Die Grammatik enthält im generischen Maskulinum die Möglichkeit, auf Personen unabhängig vom Geschlecht Bezug zu nehmen.

Das Gendern selbst hat keine grammatische Funktion. Es signalisiert vor allem den Wunsch, den eigenen Sprachgebrauch als nichtdiskriminierend verstanden zu wissen. Wer gendert, sendet *metakommunikative Signale* zur Referenz, Wertschätzung und Gleichberechtigung. Primär geht es dabei nicht um „eine geschlechtergerechte Sprache“, sondern um den geschlechtergerechten *Gebrauch* der Sprache, die wir nun mal haben. Dass diese u. a. von einer Geschichte der Ungleichheit geprägt ist, ist ein anderes Thema. Die starke Emotionalisierung des Diskurses zum Gendern deutet darauf hin, dass im Kern ein kommunikationsethisches Problem, „eine Frage der Moral“ steht. Darin liegt eine große Chance für die Praxis. Es geht dann nämlich im Kern um pragmatische Angemessenheit. Wenn es vor allem auf das kommunikative Signal ankommt, kann die Gendermarkierung *systematisch un-systematisch* erfolgen. Das generische Maskulinum kann sein spezifisches Potenzial ebenso entfalten, wie auf Doppelformen, das große Binnen-I oder auch Partizipien (z. B. *Studierende*) zurückgegriffen werden kann. Zum Kriterium wird ein pragmatisch angemessener Gebrauch, der Formulierungskontext und Stilfragen ebenso berücksich-

tigt wie die Frage, was jeweils gemeint ist. Wenn ich z. B. schreibe: „Lehrer haben einen anstrengenden Beruf, insbesondere die Lehrerinnen, denn die Zahl ihrer Kollegen geht ständig zurück,“ habe ich genau ausgedrückt, was ich gemeint habe. Dafür aber muss, ja darf man Texte gerade nicht „durchgendern“. Auch die Erwartung, Doppelformen wie *Schülerinnen und Schüler* durchgängig zu gebrauchen, ist dann wenig sinnvoll. Vielmehr kommt es darauf an, den SchreiberInnen genau den Gestaltungsspielraum zu lassen, den sie brauchen und in Anspruch nehmen wollen. Gerade auch in didaktischer Absicht geht es darum, nicht sprachpolitische Vorschriften zu machen, sondern Urteils- und Kritikfähigkeit zu fördern. Dafür sind alleine die SprecherInnen und ihre Adressaten zuständig. Mit einer solchen Lösung könnte man viel unproduktive Spannung aus den aktuellen Kontroversen herausnehmen. Wo die Freiheit zur Unterscheidung fehlt, wird auch beim Gendern die obligatorische Markierung sprachlich wie kommunikativ sinnlos.

Lange vor den aktuellen Diskussionen beschrieb der Siegener Linguist Clemens Knobloch, was heute auf bedrückende Weise erfahrbar ist:

„Rituelle Sprachvorschriften gleichen Tabus, die unabhängig von der wirklichen Meinung der Sprechenden gewahrt werden müssen. Neben dem Opfer genießt aber auch der Tabubrecher ein Höchstmaß medialer Aufmerksamkeit. Das PC-Ritual macht es den großen und kleinen Populisten leicht, [...] zur allgemeinen Befriedigung auszusprechen, „was die Leute wirklich denken.“ (Knobloch 1998, S. 127/128).

Der fatale Zusammenhang ist aktuell: Politische Korrektheit und Gendervorschriften sind ein Grundnahrungsmittel des Rechtspopulismus (vgl. z. B. Scharloth 2017, S. 12 ff.). Die richtige Antwort darauf ist nicht ein trotziges „Jetzt erst recht!“, sondern eine pragmatisch reflektierte Sprachkritik, die sich nicht hinter Tabus und Vorschriften verschanzt.

### MEDIALISIERUNG

Medien und ihre Berichterstattung beeinflussen entscheidend die Wahrnehmung politischer Kommunikation. Dabei geht es um die Auswahl und Gestaltung politischer Nachrichten, aber auch um die Formate der Darstellung und Präsentation von Politik. Berühmt ist das Beispiel der Rede des ehemaligen Bundestagspräsidenten Phillip Jenninger zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht im Jahr 1988, nach der er innerhalb ei-



Präsident Trump instrumentalisiert die sozialen Medien wie Twitter und bezichtigt bisher einflussreiche Zeitungen und Nachrichtensender der Lüge.

nes Tages von seinem Amt zurücktreten musste. Abgesehen von verschiedenen problematischen Aspekten der Rede, in der Jennings versucht hatte, den Rückhalt Hitlers bei der Mehrheit der Deutschen nachvollziehbar zu machen, spielten für die Skandaldynamik Film- und Fotoaufnahmen der anwesenden jüdischen Schauspielerin und KZ-Gefangenen Ida Ehre eine zentrale Rolle, die in sich zusammengesunken und den Kopf in die Hände gestützt auf ihrem Platz saß. Dies wurde öffentlich als ein Bild der Fassungslosigkeit angesichts der Rede Jennings interpretiert. Tatsächlich, so stellte sich später heraus, hatte Frau Ehre Kopfschmerzen und es ging ihr nicht gut. Mit der Rede Jennings und ihren Inhalten hatte das Bild also nichts zu tun. (vgl. Siever 2001).

Ein Aspekt, der hier mit anzusprechen ist, ist auch die politisch relevante Medienpraxis der Lernenden selbst: Wie unterscheiden sich etwa Nachrichten für Kinder von solchen für Erwachsene (vgl. hierzu das Unterrichtsmodell von Frauke Wietzke)? Welches Bild von Politik wird z. B. über Musik und Videos vermittelt, welche Rolle spielen hier politisch relevante Themen, etwa im Fall des 2017 durch die *Söhne Mannheims* und Xavier Naidoos *Marionetten* provozierten Skandals? Was wird in der massenmedialen Öffentlichkeit zum politischen Thema und was nicht? Hier kann es interessant sein, etwa die im Internet noch einmal beschleunigten musterhaften Abläufe eines solchen Skandals zu untersuchen (vgl. Feilke 2007).

Die Berücksichtigung verschiedener Medienformate politischer Kommunikation macht deutlich, dass politiksprachliches

Handeln politische Verhältnisse nicht nur darstellt und herstellt, sondern, dass es auch selbst dargestellt und hergestellt ist. Da die Medien die Wahrnehmung von Politik bestimmen, wird das mediale Auftreten zum Erfolgskriterium. Das zeigt etwa die politische Talkshow, die einerseits noch auf das Handeln der Beteiligten reduzierbar ist, andererseits aber schon die Berücksichtigung der eigenständigen Formate für dieses Handeln verlangt. Wie spricht man politisch *talkshowgerecht*? Wer seine politischen Ziele nicht formatgerecht formulieren und darstellen kann, wird kommunikativ nicht erfolgreich sein. So werden z. B. für politische Talkshows stets medial passende Selbstdarsteller in bestimmten Paarungen und Konstellationen ausgewählt. Die Medien beeinflussen nach eigenen Regeln, was in der politischen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit findet (vgl. hierzu das Modell von Sören Torrau in diesem Heft).

## VERNETZUNG

Die massenmediale Kommunikation des 20. Jahrhunderts funktioniert nach dem Prinzip „one to many“. Sie ist geprägt von journalistischer Kompetenz, in soziologischer Hinsicht von journalistischen Eliten, die Standards der Berichterstattung bestimmen, aber auch den Zugang zu den Medien kontrollieren, – durchaus auch mit kritisch zu beobachtenden Folgen (vgl. z. B. Krüger 2016). Die Massenmedien sind als Institutionen zudem durch nationales Recht bestimmt. Alle diese Punkte ändern sich mit der Vernetzung: Im interaktiven Internet kann jedermann politische Nachrichten platzieren und dafür eine Öffentlichkeit finden. Es entsteht eine many-to-many-Kommunikation. Das erhöht die Chancen zur Partizipation. Politische Äußerungen werden potenziell auf der ganzen Welt wahrgenommen. Diese Entwicklung wurde zunächst als Demokratisierungschance verstanden, zeigt aber inzwischen auch hochproblematische Aspekte. Insbesondere ist die Etablierung und Kontrolle von Standards für die Qualität politischer Kommunikation erschwert: *shitstorm*, *hate speech* und *fake news* sind Kategorien, deren Prominenz in der öffentlichen Diskussion mit der Ausbreitung sozialer Medien einhergeht. Das verschärft das Problem der Beurteilung der Zuverlässigkeit politischer Nachrichten (vgl. hierzu das Modell von Kristina Koebe in diesem Heft). Das gilt noch einmal verschärft angesichts des aktuellen Forschungsbefunds,

- dass falsche und gefälschte Nachrichten beim Publikum eine höhere Aufmerksamkeit finden,
  - bis zu sechsmal schneller rezipiert werden
  - und – gemessen an der Zahl der Reaktionen – deutlich tiefer in die Interaktion eindringen als seriöse Berichterstattung.
- Die Beobachtungen gelten für politische Nachrichten im Vergleich mit anderen noch einmal verstärkt. Weil das Internet sich in erster Linie über Werbung finanziert, entsteht hier zudem

ein fatales ökonomisches Interesse an attraktiven Fake-News (Vosoughi u. a. 2018, Yogeshwar 2018).

Dazu kommt: Journalistische Eliten geraten in eine prekäre Situation, wenn sich die politische Öffentlichkeit über das Netz von den Massenmedien entkoppelt (Münker 2009, S. 121 ff.). Hierher gehört auch in Deutschland das öffentliche Schimpfen auf „die Medien“ und die sogenannte „Lügenpresse“. In diesem Sinn instrumentalisiert etwa der amerikanische Präsident Trump die sogenannten sozialen Medien gegen eine journalistische Elite bisher einflussreicher Zeitungen und Nachrichtensender. Er nutzt extensiv die Kommunikationsform Twitter und erzielt damit eine enorme Reichweite und mediale Beachtung seiner Botschaften (vgl. Klein 2013). Hier ist es elementar, mit Schülern an den Kriterien für die Bewertung einer seriösen Berichterstattung zu arbeiten. Es sollte ein Ziel des Unterrichts sein, ein Bewusstsein auch dafür zu schaffen, dass die Kommunikationsform in entscheidender Weise darüber mitbestimmt, was inhaltlich kommuniziert werden kann. Tweets sind keine Form inhaltlicher Auseinandersetzung und sprachlich elaborierter argumentativer Begründung. Verlautbarungen und Proklamationen, Lob und Beschimpfung treten an die Stelle der sprachlich aufwändigen Legitimierung politischer Entscheidungen. Gerade dies macht sie so effektiv.

Im Blick auf das Verständnis politischer Öffentlichkeit kommt es hier zu einem fast paradoxen Effekt: In dem Maß, in dem die Partizipation steigt, löst sich die politische Öffentlichkeit auf. An die Stelle der Öffentlichkeit als einer Form der diskursiven Integration widerstreitender Auffassungen treten politische Teilöffentlichkeiten, die in erheblichem Umfang Zustimmung und Zuspruch auch für Partikularinteressen und Positionen mobilisieren können, die weder in wissenschaftlichen Spezialdiskursen noch im massenmedialen Interdiskurs mehrheitsfähig sind.

Zu diesen Zusammenhängen gibt es bisher keine für den Deutschunterricht aufbereiteten Zugänge. Umso wichtiger ist es, einschlägige Medienerfahrungen im Netz zu thematisieren (vgl. z. B. Fleischhauer 2016) und die Eigendynamik der Skandalisierung und Empörung im Netz auch mit SchülerInnen nachzuverfolgen (vgl. z. B. Pörksen/Detel 2012). Ein Ansatzpunkt dafür können auch Zusammenhänge von Hate speech und Mobbing im Internet sein (vgl. Marx 2018), die Schülerinnen und Schülern eindrücklich vor Augen führen, wie eng in der digitalisierten Kommunikation die Chance auf (fragwürdige) Beteiligung und Partizipation einerseits und die Gefahr, dabei selbst zum Opfer zu werden, beieinander liegen. In der didaktisch reflektierten Auseinandersetzung mit politisch relevanten Formen der Netzkommunikation liegen insofern für den Deutschunterricht durchaus auch neue Chancen, die oft vermeintlich „ferne“ Welt politisch relevanter Kommunikation unmittelbar erfahrbar und der Untersuchung zugänglich zu machen.

## Literatur

- Abraham, Ulf: Über Alleen, Blumen, Frauen und eine politisch korrekte Kunst. In: PRAXIS DEUTSCH 268/2018, S. 62.
- Alemann, Ulrich: Politikbegriffe. Aus: Wolfgang W. Mickel (Hg.): Handbuch zur politischen Bildung. Grundlagen, Methoden, Aktionsformen. Schwalbach/Ts. 1999, S. 79–82.
- Bieber, Christoph: Die Veränderung politischer Kommunikation im Internetzeitalter. In: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 54/ 2013, S.155–180. <https://www.uni-muenster.de/Ejournals/index.php/jcsw/article/view/847/pdf>.
- Bochmann, Corinna/Staufer, Walter: Vom Negerkönig zum Südseekönig zum ...? – Politische Korrektheit in Kinderbüchern. In: BPJM aktuell 2/2013, S. 3–17. <http://www.bundespruefstelle.de/RedaktionBMFSFJ/RedaktionBPJM/PDFs/BPJMaktuell/bpjm-aktuell-201302-vom-negerkoenig-zum-suedseekoenig,property=pdf,bereich=bpjm,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 2.11.17).
- Dieckmann, Walter: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg 1975.
- Elsner-Petri, Sabine: Political Correctness im Duden-Universalwörterbuch. Eine diskurslinguistische Analyse. Bremen 2015.
- Feilke, Helmut: Lehrer flehen: Schließt unsere Schule! Redewiedergabe in Medienereignissen am Beispiel des Falls der Berliner Rütli-Schule. In: PRAXIS DEUTSCH 203/2007, S. 40–50.
- Felder, Ekkehard: Anmaßung in der politischen Sprache – nicht nur ein Merkmal sogenannter Populisten. In: Sprachreport 2/2017, S. 44–49.
- Fleischhauer, Jan: In der Echokammer. In: Spiegel online 47/2016. <http://www.spiegel.de/spiegel/afd-selbstversuch-auf-facebook-in-der-echokammer-a-1122311.html> (download: 6.1.2018).
- Forster, Iris: Politische Korrektheit. In: BpB (Hg.) Sprache und Politik. Bonn 2010. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42730/politische-korrektheit>
- Girnth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. 2. Auflg. Berlin/Boston 2015.
- Girnth, Heiko/Michel, Sascha (Hg.): Polit-Talkshows – Bühnen der Macht. Ein Blick hinter die Kulissen. Bonn 2009.
- Hermanns, Fritz: Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter: zu Begrifflichkeit und Theorie der lexikalischen „politischen Semantik“ Heidelberg 1994, S. 59.
- Klein, Björn: Twitter als narrative Form der Wahlkampfkommunikation. In: Klawitter, Jana/Leitenstern, Regine/Lobin, Henning/Lehnen, Katrin (Hg.): Lesen, Schreiben, Erzählen: Kommunikative Kulturtechniken im digitalen Zeitalter, Frankfurt/Main 2013, S. 291–308.
- Klein, Josef: Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen 1989.
- Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen. Leipzig 1975.
- Knobloch, Clemens: Moralisation und Sachzwang. Politische Kommunikation in der Massendemokratie. Duisburg 1998.
- Krüger, Uwe: Mainstream. München 2016: C.H. Beck.
- Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Bd. 1. Frankfurt a.M. 1997
- Maas, Utz: Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand. Sprache im Nationalsozialismus. Opladen 1984.
- Marx, Konstanze: Cybermobbing aus sprachwissenschaftlicher Perspektive. In: Sprachreport 34/1 (2018), S. 1–9.
- Münker, Stefan: Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die sozialen Medien im Web 2.0. Frankfurt a. M. 2009.
- Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik. Göttingen 2014.
- Ohlmeier, Bernhard. Kinder auf dem Weg zur politischen Kultur. Hamburg 2006.
- Pörksen, Bernhard, Hanne Detel: Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter. Köln 2012.
- Scharloth, Joachim: 1968 – Eine Kommunikationsgeschichte. München 2011.
- Scharloth, Joachim: Ist die AfD eine populistische Partei? Eine Analyse am Beispiel des Landesverbandes Rheinland-Pfalz. In: Aptum, 1/2017, S. 1–15.
- Séville, Astrid: There is no alternative. Politik zwischen Demokratie und Sachzwang. Frankfurt a. M./New York 2017.
- Siever, Holger: Kommunikation und Verstehen. Der Fall Jenninger als Beispiel einer semiotischen Kommunikationsanalyse. Frankfurt a. M. 2001.
- Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Bonn 2017.
- Yogeshwar, Ranga: Ground Facebook! In: FAZ Nr. 72, 26.3. 2018, S. 9.
- Vosoughi, Soroush/Roy, Deb/Aral, Sinan. The spread of true an false news online. In: Science 359/2018, S. 1146–1151.